



BESCHLUSS-(RESOLUTIONS-)ANTRAG

der Gemeinderäte David Ellensohn und DI Martin Margulies (GRÜNE),
eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28.10.2021
zur Debatte der betreffend Dringlichen Anfrage betreffend „Inseratenkorruption und
frisierte Umfragen stoppen – Keine Inserate für Medien, die – bei aller
Unschuldsvermutung – unter dem dringenden Tatverdacht von Korruption und
Bestechung stehen.“

Stoppt die Inserate in der Zeitung „Österreich“

B E G R Ü N D U N G

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt gegen führende Politiker und Freunde der ÖVP, gegen die Eigentümerin eines Meinungsforschungsinstituts und gegen die Tageszeitung Österreich.

Es geht um nicht weniger als den Verdacht des Missbrauchs von Steuergeld zu persönlichen Zwecken und schwerwiegende Korruptionsvorwürfe, es geht um den Verdacht der gekauften Berichterstattung, um den Verdacht von gefälschten Umfragen und um Scheinrechnungen. Hunderte Seiten von Chats in den Händen der WKStA offenbaren eine Respektlosigkeit von Türkisen Chefs und Günstlingen gegenüber der Demokratie, eine geradezu feindliche Haltung gegenüber freiem Journalismus, die Verrohung der Bürgerlichen, das Ende des Anstands.

Wer sich über das Sittenbild, das die ÖVP im Bund vorlebt, aufregt, sollte selbst sehr sauber arbeiten. Das gilt in der Zusammenarbeit mit einem bestimmten Meinungsforschungsinstitut, das gilt vor allem für Inserate-Millionen in einer Zeitung, die im Verdacht steht, ihre politische Berichterstattung könne durch Inserate gekauft werden.

Die Stadt Wien sowie in ihrem Einflussbereich stehende Unternehmen und Körperschaften inserieren pro Jahr rund vier Millionen Euro in der Tageszeitung „Österreich“.

Die unterzeichnenden Gemeinderät*innen stellen daher gemäß 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Gemeinderat fordert die zuständigen Mitglieder der Wiener Stadtregierung, insbesondere den für die MA53 zuständigen amtsführenden Stadtrat KR Peter Hanke auf, folgendes sicherzustellen:

Die Stadt Wien sowie die in ihrem Einflussbereich stehenden Unternehmen und Körperschaften werden in der gesamten Mediengruppe „Österreich“ kein einziges Inserat mehr schalten bis die Korruptionsvorwürfe der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft restlos aufgeklärt sind und der Vorwurf „Gekaufte Berichterstattung durch Inserate-Millionen“ sich als falsch herausstellt.

Sollte es zu einer Verurteilung der Tageszeitung „Österreich“ wegen verkaufter Berichterstattung – gibst du mir Geld, schreib ich dich schön – kommen, wird die Stadt Wien sowie die in ihrem Einflussbereich stehenden Unternehmen und Körperschaften auf Inserate in diesem Medium verzichten.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 28.10.2021